

**Gemeinderatsfraktion der Grünen
Korntal-Münchingen**

- Roman Graser
- Wolf Ohl
- Isolde Onken
- Harald Wagner



Korntal-Münchingen, 21. März 2019

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2019

1. Unser Schuldenberg wächst

Am 20. Dezember 2018, am Tag nach der Haushaltseinbringung berichtete die Zeitung Strohgäu Extra in großen Lettern: „Stadt investiert Millionen. Mehr Kita-Plätze, bessere Straßen und Brücken: nächstes Jahr hat die Kommune viel zu tun.“ Am 2. Februar dann die große Überschrift zu Korntal-Münchingen: „Hier Villen, dort Doppelhaushälften; Um die Nachfrage nach Wohnraum zu bedienen, stehen in der Stadt zahlreiche Bauprojekte an.“

Beide Überschriften zeigen, wie aktiv die Stadt ist und zeigen den Lesern, dass wir eine prosperierende Stadt sind. Entsprechend ist das Bild nach außen: Korntal-Münchingen ist demnach eine recht wohlhabende Stadt und wann immer geklagt wird, wir hätten bald kein Geld mehr und wir müssten viele Schulden machen, dann wird das nicht geglaubt. Im Gegenteil, es bleibt der Eindruck, wir seien eine reiche Stadt.

Aber ist das so? Wenn man oben genannte Artikel weiterliest, erkennt man durchaus, dass die geplanten Investitionen der Stadt schwerfallen. Korntal-Münchingen wird gerne mit unseren Nachbarstädten Ditzingen und Gerlingen verglichen. Diese sind in etwa gleich groß und liegen ebenfalls im Einzugsbereich von Stuttgart. Es gibt aber einen wesentlichen Unterschied: Diese beiden Städte haben viel höhere Gewerbesteuererinnahmen und können damit ganz anders wirtschaften als Korntal-Münchingen. Während wir in Korntal-Münchingen mit ca. 12,5 Mio. € Gewerbesteuer in 2019 auskommen müssen, kann Ditzingen in 2019 mit 46 Millionen und Gerlingen mit noch mehr nämlich mit 55 Millionen € rechnen! Es ist doch ganz klar, dass damit Gerlingen und Ditzingen ganz anders wirtschaften können.

Umso erstaunlicher ist, dass unsere Stadt bisher so gut damit zurechtkommt. Trotz der vielen Investitionen in den letzten Jahren lagen die Schulden pro Einwohner bis vor Kurzem auf nur wenigen hundert Euro pro Einwohner. Das ändert sich aber zurzeit drastisch: die Schulden werden gewaltig wachsen, gemäß Plan 2019 auf 20 Millionen Euro. Das sind dann 1000 € pro Einwohner bis 2022, mit auch dann weiter stark steigender Tendenz. Kann das gutgehen?

Die Gründe für die hohen Mehrausgaben sind vielfältig:

Die Aufgaben sind gewachsen. Unsere Einwohnerzahl wächst, erfreulicherweise auch die Zahl der Kinder. Dadurch und durch die geänderten gesetzlichen Vorgaben für die Kinderbetreuung ergeben sich Investitionen in Millionenhöhe. Diese Kosten setzen sich

zusammen aus der Schaffung geeigneter Betreuungsstätten, sowie den Kosten für gutes Personal. Die Personalkosten der Stadt sind (incl. anderer Personalsteigerungen) von 2008 bis 2019 von gut 8 auf über 16 Millionen € gewachsen, haben sich also in 10 Jahren verdoppelt! Wie soll das die Stadt verkraften bei kaum höheren Steuereinnahmen als damals?

Andere Extraaufgaben mit Ausgaben in Millionenbeträgen waren und sind die Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes an den Gebäuden der Stadt oder die Aufgabe der Flüchtlingsunterbringung und Flüchtlingsbetreuung.

Zu den Standardaufgaben einer Stadt gehört der Erhalt ihrer Gebäude. Dieser Aufgabe müssen wir mehr Beachtung schenken, um kleinere Sanierungsmaßnahmen rechtzeitig vorzunehmen, bevor Folgeschäden mit noch höheren Kosten entstehen. Viele der Einrichtungen der Stadt wie die Schulen, die Stadthalle oder das Schwimmbad sind aber in die Jahre gekommen und müssen grundsaniert sowie den heutigen Anforderungen angepasst werden. Auch hierfür waren und sind viele Millionen Euro notwendig. Dazu kommen kontinuierliche Erhaltungsaufwendungen für die Straßen und Brücken.

Das alles sind quasi Pflichtaufgaben der Stadt. Man muss sich wirklich fragen, wie kann die Stadt dann noch sogenannte freiwillige Gemeindeaufgaben übernehmen wie Unterstützung von Kultur, Nahverkehr, Sport oder Schwimmbad. Wir Grüne haben immer unterstützt, dass auch diese Aufgaben nicht zu kurz kommen. Aber das geht in Zukunft nur noch mit der Aufnahme von hohen Schulden.

Wegen dieser viel zu hohen zu erwartenden Schulden haben wir im Rahmen des Haushalts 2019 den Antrag gestellt, die Stadt möge mittel- bis langfristig ihre Schulden begrenzen, wenn möglich langfristig sogar wieder auf null zu reduzieren. Wir meinen, dazu müssen wir uns verpflichten. Wir Grüne sehen darin unsere Verantwortung den nächsten Generationen gegenüber.

Aber, schaffen wir es, den auf uns zukommenden Schuldenstand in einem auch für die Folgegenerationen tragbaren Rahmen zu halten? Erschwerend kommen eventuell weitere Unwägbarkeiten dazu:

- Was machen wir, wenn bei einer später notwendig werdenden Refinanzierung unserer Schulden das Zinsniveau steigt?
- Was machen wir, wenn demnächst das kommunale Doppik eingeführt wird? Dann müssen wir zusätzliche hohe Rücklagen schaffen.
- Was machen wir, wenn es wirklich dazu kommt, dass wir das Rathaus Korntal wegen Absenkungen neu bauen müssen?
- Was machen wir, wenn ab 2020 die 2009 vom Bund beschlossene Schuldenbremse greift, und Land und Bund eventuell die kommunalen Zuschüsse kürzen, um die eigenen Haushalte zu konsolidieren?

Bewegen wir uns auf ein strukturelles Defizit zu? Wir Grüne meinen, wir müssen auch heute schon die Zeit nach 2022 ins Auge fassen, sonst werden wir unserer Verantwortung nicht gerecht.

Wir sind der Meinung, mit Sparen alleine kommen wir nicht mehr viel weiter. Wir müssen vielmehr neue Ansätze finden, wo wir zusätzliche Einkünfte generieren können, natürlich

unter Beachtung, sozialer und ökologischer Aspekte. Nachfolgend einige Ideen, wie man vorgehen könnte.

Den Gemeinden sind in den letzten Jahren viele neue Aufgaben zugewiesen worden, z.B. neue Kitas, neue Mensen, umfangreiche Brandschutzmaßnahmen oder die Bereitstellung von Asylunterkünften. Alles wichtige Aufgaben. Aber unsere finanzielle Basis hat sich kaum geändert. Das betrifft viele andere Gemeinden auch. Wir kommen nicht umhin: die Finanzen der Gemeinden müssen auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die betroffenen Gemeinden müssen deutlich Alarm schlagen. Sie müssen Einrichtungen wie den Deutschen Städtetag auffordern, sich dieses Problems anzunehmen.

Sicherlich, wir müssen alle anstehenden Projekte nochmals kritisch prüfen, aber wir müssen uns auch folgende Fragen stellen:

- Haben wir alle Möglichkeiten der Einnahmen ausgeschöpft, also bei Steuern und Gebühren? Wir denken hier z.B. an eine Erhöhung der Grundsteuer oder an eine Erhöhung der Gebühren für die Kernzeit.
- Müssen nicht auch einige Ausgaben in der Verwaltung überprüft werden? Benötigen wir wirklich so viele Gutachten und externe Zuarbeit vor allem bei Bauprojekten? Wir haben doch Fachleute in der Verwaltung.
- Sollten wir nicht endlich Projekte vor allem Bauprojekte streichen auf ein Maß, dass sie von der Verwaltung auch wirklich abgearbeitet werden können?
- Wie können wir zusätzliche Einnahmen generieren? Durch Zweitwohnungssteuer, durch finanzielle Beteiligung der Bürger bei z.B. Einrichtungen für Hochwasserschutz, bei Straßenreparaturen oder bei Straßenreinigung? Keine der Maßnahmen ist populär – aber darüber nachdenken sollten wir, müssen wir.
- Können wir neue Betreiberkonzepte einführen wie z.B. unser Antrag für den Betrieb des Freizeitbades?

Alle diese Maßnahmen werden nicht reichen, um weitere Schulden zu vermeiden. Wir müssen deshalb mit der Bevölkerung diskutieren, welche Projekte wir streichen. Wir müssen uns und der Bevölkerung klar machen, welche Konsequenzen es hat, Schulden zu machen. Bis zu welchem Betrag sind diese tragbar und den zukünftigen Generationen zumutbar?

Kurzum wir meinen, wir müssen diese Dramatik deutlich nach außen tragen und wir müssen unbedingt die Bevölkerung in der Diskussion für Lösungen einbeziehen.

2. Klimawandel und unser Beitrag

Das Problem mit den wachsenden Schulden ist aber nur eine der ganz großen Sorgen, die wir heute haben. Dazu kommt z.B. der Klimawandel mit all seinen möglichen Konsequenzen für die nächsten Generationen. Was für eine Welt hinterlassen wir den nächsten Generationen? Mit Recht gehen jetzt die Jugendlichen auf die Straße und fordern uns Erwachsene auf, endlich etwas dagegen zu tun. Wir von den Grünen, können die europaweite Aktion „Friday for Future“ nur unterstützen und hoffen, dass die hohe Politik und die Wirtschaft endlich aufwachen.

Auf Gemeindeebene kann man gegen den Klimawandel nur begrenzt etwas tun. Aber das was möglich ist, sollten wir endlich mit Nachdruck tun. Wie ist die Situation bei uns in Korntal-Münchingen?

Bereits 2012, also vor 7 Jahren, wurde das „Integrierte Klimaschutzkonzept“ der Stadt erstellt und beschlossen. Die Gemeinde verpflichtete sich damals unter anderem, (hier Zitate in Auszügen):

- Das weltweit anerkannte Ziel einer Reduktion der CO₂ Emissionen auf 2 Tonnen pro Jahr und Einwohner bis zum Jahr 2050 wird angestrebt. ... (von heute 5,3 Tonnen, also auf weit unter die Hälfte!)
- Um dieses Ziel zu erreichen, werden der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Optimierung der Energieeffizienz und die Energieeinsparung mit Nachdruck verfolgt.
- Die Stadt Korntal-Münchingen bekennt sich zu ihrer öffentlichen Vorbildfunktion. Daher werden kommunale Entscheidungen stets hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Klima und die Klimafolgen überprüft. ...
- Weil eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik nur mit Beteiligung der kommunalen Gemeinschaft gelingen kann, legt die Stadt Korntal-Münchingen besonderen Wert auf Information, Beratung, Unterstützung und eine enge Zusammenarbeit mit ihren Bürgerinnen und Bürgern.

Auf diese Selbstverpflichtung von 2012 haben wir Grüne bereits mehrmals hingewiesen und haben ihre Einhaltung angemahnt. Bisher hat aber praktisch keine CO₂ Reduzierung stattgefunden und es sind auch keine Ansätze in Sicht, dass sich hier etwas ändert! Speziell beim letzten Punkt, sprich Einbeziehung der Bevölkerung, haben wir noch gar nichts erreicht! Daraus kann man nur schließen: Die Konsequenzen aus dem Klimawandel werden immer noch nicht ernst genommen!

3. Bezahlbarer Wohnraum

Ein weiteres grundlegendes Problem unserer Stadt ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum: Wir erkennen die Bemühungen der Stadt an, prinzipielle Möglichkeiten für dessen Beschaffung darzustellen. Aber aufgrund unserer Kassenlage und dadurch, dass wir nur sehr begrenzt Eigentümer der Grundstücke sind, kann die Stadt keinen großen Beitrag leisten. Wir bedauern, dass einer unserer diesjährigen Anträge, die Möglichkeit, Baugenossenschaften mit Sonderbedingungen zu schaffen, glattweg abgelehnt wurde. Dabei gibt es Beispiele in der Umgebung, wie das laufen kann. (Siehe Magazin „Die Gemeinde“ 03/2019 ab Seite 96).

Konkret zu Korntal-West. Bezahlbarer Wohnraum ist dort über die freien Bauträger kaum zu schaffen. Wir Grüne möchten aber die Stadt auffordern, dass sie die ihr zugeteilten Grundstücke nicht an Meistbietende verkauft, sondern darauf bezahlbaren Wohnraum errichten lässt. Wir fordern auch auf, den Bebauungsplan für Korntal-West dahingehend zu ändern, dass durchaus auch 4-stöckige Häuser errichtet werden dürfen. Das reduziert die Kosten pro Quadratmeter Wohnfläche und schafft zusätzlichen Wohnraum. Dasselbe sollte für Neubauten in anderen Stadtgebieten gelten.

Eine gewisse Hoffnung sehen wir in der Studie, die demnächst das ganze Stadtgebiet auf mögliche Nachverdichtungen untersucht, Nachverdichtungen in der Höhe und in der Fläche. Wichtig ist aber, dass bei aller Nachverdichtung, hinreichend Grün erhalten bleibt.

4. Kleinklima in der Stadt und Insektensterben:

Die Klimaänderung ist inzwischen ein Fakt, mit dem unsere Stadt in Zukunft leben muss. Große Bäume mit üppigem Blattwerk können hier einen gewissen Temperatur- und Feuchtigkeitsausgleich schaffen und müssen deshalb unbedingt geschützt werden. Auch sind sie ein wichtiger Lebensraum für viele Insekten und Vögel. Dennoch bekommen wir es fertig, zuzulassen, dass im letzten Herbst vier große fast 100-jährige Bäume (Kastanien und Nussbäume) am Rand des Gebiets Alte Wäscherei gefällt werden dürfen. Als wir Grüne das beanstanden, bekommen wir den Hinweis, gemäß neuem Baugesetz sei das erlaubt und außerdem es werden ja neue Bäume gepflanzt. Die Frage ist nur, was für Bäume werden gepflanzt und wohin? Dann schauen wir uns die neu gestalteten kahlen Flächen um den neuen Edeka und den Saalplatz an, wo nur Deko-Bäume gepflanzt wurden. Wir wissen also auch an der Alten Wäscherei, was uns erwartet.

Die Katastrophe vom allgemeinen Insektensterben hat sich inzwischen herumgesprochen und ist nicht mehr wegzudiskutieren. In seiner Konsequenz haben wir auch ein großes Artensterben bei Vögeln, Säugern und Amphibien. Im großen Stil können wir das nicht ändern, aber in unserer Gemeinde können wir durchaus einiges tun.

Auf der Gemarkung zwischen den Stadtteilen hoffen wir, dass durch die Erarbeitung des Biotopverbundes die Entwicklung natürlicherer Landschaften gefördert wird. Wichtig ist hier die Kooperation mit der Landwirtschaft und dass den Landwirten potentielle Ernteausfälle ersetzt werden. Wir erhoffen uns da eine pestizidärmere Landwirtschaft, mit Trittsteinbiotopen und mit verbindenden Blühstreifen. Aber, wie bereits gesagt, den Landwirten müssen die Ernteausfälle ersetzt werden; der Erhalt unserer Natur ist eine gesellschaftliche Aufgabe!

Innerhalb der Stadtbereiche brauchen wir dringend mehr Blütenträger die ganze Vegetationsperiode hindurch. Deshalb haben wir Grüne im Haushalt beantragt, dass auf allen öffentlichen Anlagen und Grasstreifen verstärkt bunte Blumen- und Staudenmischungen als ständiges Insektenfutter gepflanzt werden. Mit Zögern und Einschränkungen ist der Antrag akzeptiert worden. Der Mehrheit im Gemeinderat scheint die Brisanz dieses Themas noch nicht klar zu sein. Jetzt hoffen wir, dass möglichst noch dieses Jahr insektenfreundliche blühende Anlagen in allen Stadtteilen eingerichtet werden.

Neben den öffentlichen Anlagen sollten auch viele Gärten wieder natürlicher gestaltet werden. Hier wäre mehr Öffentlichkeitsarbeit durch die Stadt notwendig. Vom ordentlichen sterilen Garten muss das Bewusstsein zum artenreichen natürlichen Garten geweckt werden.

5. Mobilität in unserer Stadt

Bei der Mobilität hat unsere Stadt ebenfalls großen Nachholbedarf. Vor bereits zwei Jahren wurde die Durchführung einer externen aufwändigen Studie für ein „Mobilitäts- und Parkraumkonzept“ beschlossen, anstatt gleich loszulegen. Wir müssen den Fahrrad- und Pedelec-Verkehr innerhalb der Teilorte und zwischen den Teilorten attraktiver und autoärmer machen! Dazu reicht es, ein positives Image zum Fahrrad aufzubauen, mit gutem Beispiel voran zu gehen und möglichst viele sichere Abstellplätze für Fahrräder und Pedelecs aufzustellen. Aber wir warten immer noch auf die Ergebnisse der Studie. Im Übrigen halten wir den Fahrradturn für eine halbe Million Euro, wie er kürzlich diskutiert wurde, für viel zu teuer und auch unnötig. In anderen Städten gibt es preiswertere Lösungen.

Wir verweisen auch auf unseren Antrag, dass sich die Stadt Korntal-Münchingen dem neuen regionalen und interkommunalen Fahrradverleihsystem RegioRad Stuttgart anschließen möge. Dieses bietet für kurze und mittlere Strecken eine Alternative zum Auto und ergänzt den S-Bahnverkehr. Dieser Trend ist nachhaltig und bietet eine große Chance, eine Stadt attraktiver zu machen, und damit auch seine Wirtschaftskraft zu erhöhen. Packen wir es doch an und warten wir nicht auf Studien!

6. Zusammenfassung und Schluss

Es gäbe noch viele Themen, auf die es sich lohnen würde, einzugehen. Wir haben uns bei dieser Haushaltsrede aber auf wenige Kernthemen konzentriert, auf solche, die uns besondere Sorgen machen:

- Da sind zunächst die ständig wachsenden Schulden unserer Stadt, die die nächsten Generationen belasten werden. Wir müssen dieses Thema in und mit der Bevölkerung offen angehen.
- Dann haben wir das Basisproblem der Klimaänderung, wo unsere Gemeinde bezüglich CO2 Vermeidung wesentlich mehr Anstrengungen unternehmen müsste.
- Das Problem „bezahlbares Wohnen“ muss unbedingt mit mehr Ideen und zusammen mit der Bevölkerung angegangen werden.
- Die Bedeutung des Erhalts des Kleinklimas in unseren Stadtbereichen mit allen Konsequenzen für Menschen und Tiere muss endlich erkannt und angegangen werden.
- Menschenfreundliche Mobilität in und zwischen unseren Stadtteilen ist ein weiteres Arbeitsfeld, wo sich die Stadt engagieren muss.

Uns ist klar, dass wir als Gemeinde nur sehr begrenzt Einfluss nehmen können auf die vielen globalen ökologischen und sozialen Katastrophen, die uns bedrohen. Wir sollten sie aber erkennen und sollten alles in unserer Macht Stehende dagegen tun. Das sind wir den nächsten Generationen schuldig! Wir wollen doch alle, dass auch unsere Enkel in einer lebenswerten Welt leben. Wie wird deren Welt 2050 aussehen?

Natürlich wissen wir auch von den Anstrengungen, die die Stadt diesbezüglich seit Jahren unternimmt. Dafür danken wir den Verantwortlichen in der Stadtverwaltung, spezieller Dank Ihnen Herr Dr. Wolf. Sie suchen immer wieder einen gangbaren Weg, der wenn möglich durchaus auch die ökologischen und sozialen Aspekte beachtet. Aber in Anbetracht der ökologischen Situation unserer Erde ist das unserer Meinung nach nicht ausreichend.

Wir wissen von den großen Aufgaben, die auf unsere Stadt zukommen. Leider sind viele von ihnen mit viel Geld verbunden. Wir werden nicht umhinkommen, weitere Geldquellen aufzutun und wohl auch weitere Schulden zu machen. Bei alledem dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass unsere Umwelt unbedingt zu schützen ist. Bei weitem nicht alle Maßnahmen kosten viel Geld.

In der Summe liegt uns ein Haushalt vor, mit dessen Gesamtergebnis wir auch wegen der anstehenden Schuldenaufnahmen nicht zufrieden sein können. Aber wir sehen keine Alternative, wenn wir unsere dringenden Aufgaben erfüllen wollen. Wir danken dem Kämmerer für seine gute Arbeit und für seine klaren Erläuterungen. Dank an den Bürgermeister für seinen unermüdlichen Einsatz für unsere Stadt. Dank an die gesamte Spitze der Stadtverwaltung, die, wie wir meinen eine gute Arbeit macht und sich sehr für unsere Stadt einsetzt. Dank auch an Sie liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates für die fairen und offenen Diskussionen, auch wenn wir uns speziell bei Umweltthemen oft mehr Verständnis und Einsatz gewünscht hätten.

Wir stimmen dem Beschlussantrag zur Verabschiedung des Haushalts 2019 zu.

Roman Graser, Isolde Onken, Wolf Ohl, Harald Wagner.